

Charme-Offensive ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das beherrschende Thema der Gesundheitspolitik bei Redaktionsschluss war die bevorstehende Erhebung einer Gesundheitsprämie durch mehrere Krankenkassen. Kenner der Szene prophezeien, dass damit der Bann gebrochen ist und schon Mitte dieses Jahres 8 Euro Zusatzbeitrag bei den meisten Krankenkassen Standard sein könnte. Einer der renommiertesten Gesundheitsökonomien der Bundesrepublik, Prof. Günter Neubauer, wagt sogar die Prognose, dass bereits 2011 einzelne Kassen trotz Zusatzbeitrages zahlungsunfähig werden könnten und deshalb spätestens 2012 die Überforderungsklausel, nämlich die Begrenzung auf ein Prozent des Einkommens, fallen oder eine Alternative gefunden werden müsste.

Der Gesundheitsminister, Hoffnungsträger für Leistungserbringer und Versicherte gleichermaßen, rät, im Zweifelsfall die Kasse zu wechseln und stellt sich dabei in die Phalanx derer, die prinzipiell die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit von Zusatzbeiträgen infrage stellen.

Das provoziert und ermuntert zu Vorschlägen wie zum Beispiel aus der Senioren-Union Schleswig-Holsteins, die Zahlung der Zusatzbeiträge zu verweigern um damit eine „Flut von Verwaltungskosten für die Krankenversicherungen“ auszulösen. Als sei die Finanznot dort nicht schon groß genug. Sie ist der eigentliche Auslöser der gesetzlichen Kompromisslösung Zusatzprämie als Wettbewerbselement, das sogar federführend von der verbliebenen Regierungspartei eingeführt wurde.

Ganz Unrecht hat die Senioren-Union allerdings auch nicht. In der Tat sind gerade bei Älteren und Bedürftigen 8 Euro pro Monat ein Betrag, der durchaus das berühmte Fass zum Überlaufen bringen kann. Erst im November berichteten wir über ein Projekt zur kostenlosen ärztlichen Betreuung Obdachloser und Bedürftiger aus Bad Segeberg (Seite 10). Inzwischen gibt es Mitteilungen über ähnliche Initiativen, die früher nur in der Anonymität von Großstädten und Ballungsräumen angesiedelt schienen, auch aus anderen ländlich strukturierten Kreisen unseres Landes, wie z. B. aus dem Landkreis Schleswig-Flensburg.

Diese Erkenntnis liegt auch der Position des Gesundheitsministers zugrunde, der eine Pauschale ohne Sozialausgleich für ungerecht hält. Sein Vorschlag einer sozialverträglichen Kopfpauschale für alle Versicherten mit einer Aufstockung auf die notwendige Endfinanzierung aus Steuermitteln klingt plausibel, vor allem im Kontext seiner Äußerungen zur neuen Vertrauenskultur, zu Bürokratieabbau und zur Honorargerechtigkeit, die wie Balsam auf geschundene Arztseelen wirken (Seite 8). Liest man dann allerdings am nächsten Tag in der Presse über Pläne, die Steuermittel, die an die Sozialkassen fließen, von 16 auf 11 Milliarden Euro zu kürzen, scheinen diejenigen Recht zu behalten, die vor einer Finanzierung des Gesundheitswesens nach „Kassenlage“ und damit vor einem weiteren und entscheidenden Schritt in die Staatsmedizin immer gewarnt haben und warnen.

Diese Ambivalenz hat auch der alte Platzhirsch Horst Seehofer erkannt, der damit sehr offensiv den „Jungrivalen“ aus der eigenen Koalitionspartei angeht. Was wir im Gesundheitswesen aber bräuchten, sind keine Revierkämpfe, sondern das gemeinsame Bemühen um die richtigen Diagnosen und die längst überfälligen Therapien.

Das aber erfordert Mut, Entschlossenheit und vor allem Geschlossenheit - zumindest in der Regierungskoalition.

Was wir uns wünschen?

Dass die Charme-Offensive nicht in einer Defensivstrategie endet.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Ihr



Dr. med. Franz-Joseph Bartmann

Präsident